

Herrn Staatsminister
Joachim Herrmann
Bayerisches Staatsministerium des
Innern, für Sport und Integration
Odeonsplatz 3

80539 München

München, 08.01.2019

Bruch aller Zusagen zur Abschiebung nach Afghanistan
Bayern schiebt wieder zahlreiche integrierte Menschen in Lebensgefahr ab.

Sehr geehrter Herr Staatsminister Herrmann,

mit großer Bestürzung haben wir heute erfahren, dass Bayern nun wieder begonnen hat, integrierte Menschen nach Kabul abzuschicken. Offenbar sind alle Apelle und auch unser nicht beantworteter Brief vom 04.01.2019 an Ihnen ohne Wirkung vorbeigegangen.

Wir wurden informiert, dass gestern 23 Menschen aus ihrer Heimat Bayern in das lebensgefährliche Kabul abgeschoben wurden, davon mindestens die Hälfte integrierte junge Männer. Viele weitere sind im letzten Moment entkommen oder konnten juristisch vor der Abschiebung geschützt werden. Damit brechen Sie und Ihre Regierung alle Zusagen im Wahlkampf und danach, zu einer humaneren Asyl- und Abschiebepolitik zurückzukehren. Auch vom „Geist von Seon“ ist nicht viel zu spüren.

Wir christlichen Menschen in Bayern hatten gehofft, dass sich die Asylpolitik der neuen Regierung im Neuen Jahr wieder mehr an Humanität und Schutzgabe im Sinne von Matthäus 25,35 orientieren würde. Wir hatten auch erwartet, dass die Freien Wähler im Einklang mit ihrem Wahlprogramm, eine humanitäre Wende erreichen würden.

Wir betreuen etliche zurückgeschobene Menschen in Afghanistan, die in akuter Lebensgefahr sind. Ein junger Mann, der vor gut einem Jahr aus Nürnberg abgeschoben wurde, eine Woche vor der Hochzeit mit seiner deutsch-afghanischen Frau, ist in einen schweren Bombenanschlag auf eine schiitische Moschee geraten

und wurde verletzt. Andere versuchen sich in Panik nach Pakistan durchzuschlagen, bei wieder anderen verliert sich nach einiger Zeit jede Spur. Es gibt Grund zur Annahme, dass etliche der seit zwei Jahren aus Bayern abgeschobenen Menschen nicht mehr leben. Die Situation in Kabul und den anderen Provinzen verschlechtert sich weiter. Viele gehen von einer baldigen Machtübernahme der Taliban aus, was vielen aus der verfolgten Minderheit der Hazara, das Leben kosten wird, auch von Ihnen zurückgeschobenen Menschen. Die Amerikaner ziehen sich bereits zurück.

Die Zentralen Ausländerbehörden in Ansbach und Deggendorf tun sich bei der Verweigerung und Verschleppung von Ausbildungsgenehmigungen besonders hervor, drohen mit und vollziehen immer wieder Abschiebungen von integrierten Menschen. Sie berufen sich dabei auf ausdrückliche Weisung aus Ihrem Ministerium. Integration ist nicht gewünscht und wird mit Absicht verhindert, um Abschiebungen zu ermöglichen.

Wir möchten an Sie heute appellieren, in christlicher Verantwortung umzukehren und diese menschenverachtenden Abschiebungen endlich einzustellen.

Mit freundlichen Grüßen

Stephan T. Reichel